

Einkommensteuer soll leicht sinken

Fiskus nimmt ab mehr ein / Merkel sagt Bremen Hilfe zu

VON TIM BRAUNE, ANDRÉ STAHL UND JAN OPPEL

Berlin-Bremen. Bremen kann sich wie alle Bundesländer, der Bund und die Kommunen auf weiter steigende Steuereinnahmen einstellen – und auf zusätzliche Hilfen des Bundes. Bei einem Wahlkampfauftritt am Donnerstag auf dem Bremer Marktplatz versprach Bundeskanzlerin Angela Merkel dem hoch verschuldeten Bundesland besondere finanzielle Unterstützung. Derzeit verhandeln Bund und Länder über einen neuen Finanzausgleich ab dem Jahr 2020, eine Einigung ist aber noch nicht in Sicht.

Doch mehr Geld allein reiche nicht aus, sagte Merkel: „Es muss auch richtig verwendet werden.“ Bremen habe zudem Bundesmittel nicht ganz ausgeschöpft. „Geld vom Bund, das in Bremen ans Jobcenter gegeben wurde, ist zum Teil wieder zurückgekommen, weil man die Aufgaben in der Behörde nicht bewältigen konnte.“

Bremen dürfe auch nicht einfach hinnehmen, dass seine Schüler bei Bildungsteils schlecht abschneiden. „Das liegt nicht an den Kindern, das liegt an der Politik.“ Nötig sei ein Politikwechsel. „Rot-Grün hat es sich hier im Rathaus ganz schön bequem gemacht“, erklärte die CDU-Chefin. „Bremen wird vielleicht ganz ruhig verwaltet, aber in Bremen wird nicht gestaltet.“

Nach der aktuellen Steuerschätzung können Bund, Länder und Kommunen bis zum Jahr 2019 auf 38,3 Milliarden Euro mehr Steuereinnahmen hoffen als bisher geplant. Unterm Strich steigen die Einnahmen noch stärker. Denn bei dem ermittelten Zusatz-Plus handelt es sich nur um die Korrektur der vorangegangenen Schätzung. In diesem Jahr werden 666,5 Milliarden Euro erwartet. Im Jahr 2019 könnten es 768,7 Milliarden Euro sein. Wie viel davon in Bremen ankommt, ist noch offen.

„Die Ergebnisse der Steuerschätzung sind gute Nachrichten“, betonte Bremens Finanzsenatorin Karoline Linnert (Grüne)



Bundeskanzlerin Angela Merkel bei ihrem Wahlkampfauftritt in Bremen. FOTO: FRANK KOCH

aber. Sie gehe davon aus, dass es auch für Bremen eine zumindest leicht positive Entwicklung gebe. Allerdings müsste sie die genauen Zahlen noch berechnen. „Grundsätzlich hilft uns jeder zusätzliche Steuer-Euro dabei, den schwierigen Konsolidierungskurs einzuhalten und mögliche Haushaltsrisiken, wie im Sozialbereich besser aufzufangen“, sagte Linnert dem WESER-KURIER. „Diese Steuerschätzungsergebnisse erleichtern uns den Weg der nächsten Jahre etwas.“ Das gelte aber nur, wenn nicht jetzt in einer Phase der Erholung von der Finanzkrise schon wieder über Steuer-senkungen nachgedacht werde.

Genau das passiert aber: Zum 1. Januar 2016 soll das Problem der „Kalten Progression“ im Steuersystem beseitigt werden – allerdings ohne viel Wirkung, wie Finanzminister Wolfgang Schäuble (CDU) ankündigte: „Dass das für den Einzelnen keine große Entlastung ist, habe ich den leidenschaftlichen Befürwortern immer schon gesagt.“ Die Bürger erhalten einige Euro mehr im Monat. Der Berliner Steuerexperte Frank Hechtner rechnet vor, dass die Entlastung bei einem zu versteuernden Einkommen von 20000 Euro bei 17 Euro im Jahr liegt, bei 50000 Euro wären es 88 Euro. Den Staat soll der Schritt Schäuble zufolge jährlich 1,5 Milliarden Euro kosten.

Bislang hatte die Koalition nur angekündigt, noch vor der Bundestagswahl im Herbst 2017 etwas gegen die „Kalten Progression“ tun zu wollen. Dieser Effekt führte in der Vergangenheit dazu, dass Beschäftigte von Lohnzuwächsen wegen der Inflation nichts spürten. Weil die aber derzeit nahe null liegt, ist auch die „Kalte Progression“ kein Problem.

Offen ist, ob die Länder dem Vorstoß am Ende zustimmen. Schäuble sagte, er gehe davon aus. Nach Ansicht von Wirtschaftsminister und Vizekanzler Sigmar Gabriel (SPD) stärkt der Schritt die Kaufkraft der Bürger weiter. Gewerkschaften und Sozialdemokraten hätten dies ja seit geraumer Zeit gefordert, hob er hervor. Es sei fair, wenn nun die Bürger auch etwas vom Aufschwung abbekämen: „Dass sich die Steuereinnahmen so erfreulich entwickeln, liegt nicht zuletzt am großen Einsatz der Arbeitnehmer“, sagte der SPD-Chef.

Auch der Bund der Steuerzahler begrüßte Schäubles Vorstoß. „Unser jahrelanger Kampf für die Steuerzahler hat sich gelohnt“, erklärte Präsident Reiner Holznegel. Im internationalen Vergleich sei die Steuer- und Abgabenbelastung in Deutschland sehr hoch. „Mit dem Abbau der ungerichteten Steuererhöhungen künftig vermieden“, sagte Holznegel.

Kommentare Seite 2-Bericht Seite 7

Ein Mordversuch?



Großeinsatz beim Traditionskaufhaus „Harms am Wall“: Die ganze Nacht hindurch und bis zum Donnerstagnachmittag waren Feuerwehr und Polizei im Einsatz. FOTO: FRANK THOMAS KOCH

Bremen (ssu). Der Schaden beläuft sich laut Feuerwehr auf eine zweistellige Millionensumme: Das Gebäude des Modehauses „Harms am Wall“ ist in der Nacht zu Donnerstag völlig ausgebrannt. Auch Nachbargebäude wurden beschädigt. Die Staatsan-

waltschaft ermittelt wegen Brandstiftung und Raubes – und schließt einen Mordversuch nicht aus: Der Geschäftsführer sagte aus, Unbekannte hätten vor Ausbruch des Feuers das Kaufhaus überfallen und ihn dort eingesperrt. Berichte Seite 9

ANZEIGE

Heute rund **90 MILLIONEN €**

2. Gewinnklasse: rd. 3 Millionen €
Gewinnwahrscheinlichkeit 1. Gewinnklasse 1 : 5.959.013
und auf www.lotto-bremen.de

EURO JACKPOT
VON LOTTO
Spieltelnehme ab 18.

Info: 0800 1372700
Anmeldung: 0900 1372700
Gewinnwahrscheinlichkeit

Fußball: Bremen schickt Rechnung

Bremen (mic). Bremen wird die Deutsche Fußball Liga (DFL) ein zweites Mal in dieser Saison zur Kasse bitten. Wie schon das Spiel gegen den HSV wird auch die Partie von Werder Bremen gegen Borussia Mönchengladbach am 16. Mai von der Polizei als „Risikospiel“ eingestuft. Mit an Sicherheit grenzender Wahrscheinlichkeit werde es zu gewalttätigen Auseinandersetzungen zwischen den Fan-Gruppen kommen, heißt es. Dem will die Polizei erneut mit einem massiven Polizeiaufgebot begegnen, die Rede ist von 600 bis 700 Beamten. An den Kosten hierfür soll die DFL mit Gebühren zwischen 200000 und 250000 Euro beteiligt werden. Bericht Seite 12

ANZEIGE

www.aldi-nord.de

SUPER FRISCH. SUPER PREIS. NUR FREITAG + SAMSTAG **UNSERE FRISCHE-ANGEBOTE**

TYPISCH ALDI!

FRISCHE-ANGEBOTE IM INNENTEIL

Großbritannien: Cameron liegt vorne

London. Die Konservative Partei von Premierminister David Cameron ist bei der Parlamentswahl in Großbritannien Prognosen zufolge stärkste politische Kraft geworden. Sie kommt demnach auf 316 der 650 Sitze und liegt damit deutlich vor der Labour-Partei von Herausforderer Ed Miliband – verfehlt aber eine absolute Mehrheit. Die Umfragen sahen einen extrem knappen Ausgang der Wahl vom Donnerstag voraus. Wahlforscher befürchten, dass die Entscheidung über die Bildung einer neuen Regierung erst in Wochen fallen könnte. Der Ausgang der Wahl ist entscheidend für die künftige Grundausrichtung Großbritanniens, etwa in der Europapolitik und beim Verhältnis der Landeseile untereinander.

Aktuelle Wahlergebnisse finden Sie ab 5.30 Uhr unter www.weser-kurier.de

Aktuelle Berichterstattung und Ergebnisse zur Wahl finden Sie hier ab 5.30 Uhr. Scannen Sie dazu das Bild unten.



Die türkischstämmige 102-jährige Ayse Icoz aus Cambridge ist Großbritanniens älteste Erstwählerin. FOTO: ACTION PRESS

Frankreich stoppt Magermodels

Bremen (wer). Fernsehformate wie die ProSieben-Castingshow „Germany's Next Topmodel“ arbeiten der Magersucht junger Frauen zu. Kurz vor dem Finale der zehnten Staffel am nächsten Donnerstag hat eine Studie alarmierende Zusammenhänge zwischen der von Heidi Klum moderierten Sendung und den Essstörungen von Kandidatinnen und Zuschauerinnen hergestellt. Während der Sender die Vorwürfe erwartungsgemäß zurückweist, formiert sich zumindest in einem europäischen Land nachhaltiger Protest gegen die öffentliche Zurschaustellung von Hungerhaken: Die französische Nationalversammlung hat jetzt ein Gesetz verabschiedet, das die Entsendung dürrer Mannequins auf die Laufstege von Modenschauen verbietet. Gleiches gilt für das Abbilden magerer Models in Magazinen und in der Werbung. Zudem ist es in Frankreich künftig bei Strafe untersagt, im Internet zum Abmagern anzustiften. Berichte Seite 20

Gegenwind für Böhrrnsen

Wirtschaft verärgert über Kritik an Freihandelsabkommen TTIP

Bremen-Brüssel (stl). Jens Böhrrnsen (SPD) hat die regionale Wirtschaft mit seiner Kritik am geplanten Freihandelsabkommen TTIP verärgert. Der WESER-KURIER hatte berichtet, dass Bremens Bürgermeister die im Abkommen vorgesehenen Schiedsgerichte ablehnt und somit die gesamte Freihandelszone infrage stellt. Handelskammer-Präsident Christoph Weiss bescheinigte ihm „ein erschreckendes Maß an wirtschaftlicher Ignoranz.“ Bremen habe sehr enge Kontakte zu den USA, an denen auch viele Arbeitsplätze im Land hingen. Deswegen würde Böhrrnsens Position vielen Unternehmen „die Sprache verschlagen“, sagte Weiss.

Hans Fabian Kruse, Präsident des AGA-Unternehmensverbands, geht sogar noch einen Schritt weiter. „Der bremische Wirtschaft so in den Rücken zu fallen, ist überflüssig“, betonte er. Er gehe allerdings davon aus, dass es sich lediglich um Versprechen im Wahlkampf handele.

Kommentar Seite 2-Bericht Seite 15

Exklusive Fotos vom Kriegsende

Bremen. Als Stunde Null ging der 8. Mai 1945 in die Geschichte ein. Es war der Tag der Befreiung Deutschlands vom Nationalsozialismus. Am 8. Mai heute vor 70 Jahren flog der Kanadier Dan Guravich über Bremen und machte Aufnahmen von der zerstörten Stadt. Vermutlich entstanden die Bilder bei einem Aufklärungsflug der US-Amerikaner, die Anfang Mai Hunderte solcher Flüge in US-Bombern anordneten, um die Zerstörung Deutschlands in Fotos und Filmen festzuhalten. Durch zufällige Begegnungen und die Freundschaft zwischen einem Bremer und einem Baden-Württemberger sind die bislang offenbar unveröffentlichten Bilder wieder in Bremen gelandet.

Mit der Sicht der Briten und Amerikaner auf das Kriegsende in Deutschland und Bremen hat sich der Historiker Diethelm Knauf beschäftigt. Er recherchierte in britischen Archiven und sprach mit Veteranen der 51st Highland Division. Thema Seite 8

INHALT

Bildung & Wissen	28
Familienanzeigen	24
Fernsehen	26
Lesermeinung	17
Rätsel & Roman	27
Schiffahrt	18
Tipps & Termine	13

H 7166 • 28189 BREMEN



Siemens streicht Tausende Jobs

München. Der Technologiekonzern Siemens will seine Ertragsprobleme mit einem massiven Abbau von mehr als 13000 Arbeitsplätzen in den Griff bekommen. Zusätzlich zu den bereits bekannten Einschnitten kündigte Konzernchef Joe Kaeser den Abbau weiterer 4500 Jobs weltweit an, davon 2200 in Deutschland. Inwieweit Bremen betroffen sein wird, steht derzeit noch nicht fest. Die IG Metall reagierte verärgert. Seite 17

Lokführer streiken weiter

Berlin. Die Lokführergewerkschaft GDL hat das Angebot der Bahn für eine Vermittlung in dem Tarifkonflikt abgelehnt. Der bundesweite Streik werde wie geplant bis zum Sonntag fortgesetzt, sagte GDL-Chef Claus Weselsky am Donnerstag in Berlin. Die Bahn hatte vorgeschlagen, den früheren brandenburgischen Ministerpräsidenten Matthias Platzeck (SPD) als Beobachter oder Vermittler in neue Verhandlungen zu holen. Weselsky sagte, es werde kein solches Verfahren geben, solange der Konzern seine Bedingung aufrechterhalte, dass es am Ende inhaltsgleiche Ergebnisse mit der konkurrierenden Eisenbahn- und Verkehrsgewerkschaft (EVG) gibt. Seite 3

Comics werden immer beliebter

Bremen. Früher waren sie bei Kindern beliebt, aber bei Erwachsenen verpöht: Comics. Mittlerweile hat die Sprechblasenliteratur allerdings eine Art Kultpotenzial und findet breite Anerkennung. Superheldenstoffe für Erwachsene, sind genau wie „Graphic Novels“, illustrierte Romane, überst gefragt. Zur weiteren Popularitätssteigerung soll auch der bundesweite Gratiscomic-tag am Sonnabend beitragen. Seite 19

WETTER

Tagsüber 18°
Nachts 9°
Niederschlag 50%

Wechselnd bis stark bewölkt
Die Sonne wechselt sich bei uns mit zahlreichen Wolken ab. Im Laufe des Tages gibt es örtlich kurze Schauer.

Das ausführliche Wetter finden Sie auf Seite 6 und jederzeit aktuell auf dem Online-Portal des WESER-KURIER unter:

www.weser-kurier.de/wetterkontor/aktuell